



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung BWL**

Medienmitteilungen des Bundesrates

11.01.2023

[Zentrale Anlaufstelle SPOC für Fragen zu Energiemangellage neu beim WL-Delegierten](/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-92506.html) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-92506.html)

Die Aufgabe der zentralen Anlaufstelle beim Bund für Anliegen und Fragen von Kantonen, Gemeinden und Unternehmen (single point of contact - SPOC) zur Energiemangellage wird dem Delegierten für wirtschaftliche Landesversorgung WL übertragen. Darüber wurde der Bundesrat an seiner Sitzung vom 11. Januar 2023 informiert. Damit ist die mehrmonatige Aufbauphase abgeschlossen, während der André Duvillard den SPOC koordiniert hat.

11.01.2023

[Landesversorgungsgesetz-Teilrevision wird Erfahrungen aus der Energiekrise einbeziehen](/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-92500.html) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-92500.html)

Durch eine Teilrevision der gesetzlichen Grundlage für die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) soll deren Organisation und Funktionsweise optimiert werden. Dazu werden auch neue Erkenntnisse insbesondere aus der Energiekrise einbezogen. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 11. Januar 2023 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, die entsprechende Vernehmlassungsvorlage bis Ende 2023 fertigzustellen.

02.11.2022

[Bundesrat sieht momentan keinen Handlungsbedarf für Unterstützungsmassnahmen](/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-91117.html) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-91117.html)

Der Bundesrat hat am 2. November verschiedene Unterstützungsmassnahmen für Unternehmen und Privathaushalte im Zusammenhang mit den hohen Energiepreisen und der Inflation diskutiert. Er kommt dabei zum Schluss, dass weder die Wirtschaftslage noch die Inflation eine Intervention rechtfertigen. Er sieht daher für den Winter 2022/23 keinen Bedarf für ausserordentliche Massnahmen.

30.09.2022

[Energie: Bundesrat genehmigt Krisenstab für Energiemangellage](/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90562.html) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90562.html)

Am 30. September 2022 hat der Bundesrat den Krisenstab genehmigt, der zum Einsatz gelangt, sollte

es in der Schweiz beim Gas oder beim Strom zu einer Mangellage kommen. Dieser würde die aktuelle Krisenorganisation erweitern. Es wird ein Single Point of Contact (SPOC) als Kontaktstelle für die Kantone und die von den Massnahmen betroffenen Wirtschaftssektoren eingerichtet.

23.09.2022

[Energie: Der Bundesrat empfiehlt die Umschaltung von Zweistoffanlagen](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90491.html)

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) empfehlen die Umschaltung von Zweistoffanlagen auf Heizölbetrieb ab dem 1. Oktober 2022. Darüber wurde der Bundesrat an seiner Sitzung vom 23. September 2022 informiert. Die Empfehlung soll massgeblich zum Erreichen des freiwilligen Gas-Sparziels von 15 Prozent beitragen. Um die Versorgung mit Mineralölprodukten weiterhin sicherstellen zu können, werden die Pflichtlager für Autobenzin, Diesel- und Heizöl sowie Flugpetrol ab dem 3. Oktober 2022 freigegeben.

23.09.2022

[Energie: Bundesrat ermöglicht den Start der Arbeiten für Reservekraftwerk in Birr \(AG\)](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90464.html)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 23. September 2022 die Verordnungen verabschiedet, mit denen er den Bau eines temporären Reservekraftwerks in Birr im Kanton Aargau ermöglicht. Damit können die Arbeiten zum Aufbau des mobilen Reservekraftwerks auf dem Firmengelände von GE Gas Power beginnen. Vorgesehen ist, dass es im Februar 2023 einsatzbereit ist.

16.09.2022

[Umschaltung von Zweistoffanlagen: Bundesrat passt zwei Verordnungen an](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90374.html)

Sogenannte Zweistoffanlagen sollen aufgrund der angespannten Versorgungslage mit Öl statt mit Gas betrieben werden. Beim Einsatz von Öl entstehen jedoch im Vergleich zu Gas mehr Stickoxide und höhere CO₂-Emissionen. Um den Umstieg zu erleichtern, hat der Bundesrat am 16. September 2022 in der Luftreinhalte-Verordnung und in der CO₂-Verordnung befristete Erleichterungen für Zweistoffanlagen erlassen.

31.08.2022

[Energie: Massnahmen für eine Gasmangellage gehen in Konsultation](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90169.html)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 31. August 2022 das gesamte Bewirtschaftungskonzept für den Fall einer Gasmangellage zur Kenntnis genommen. Das Konzept enthält Verordnungsentwürfe, mit denen Verbrauchseinschränkungen und Verbote sowie eine Kontingentierung von Einstoffanlagen geregelt werden. Die Verordnungsentwürfe gehen nun bei Kantonen, Verbänden und weiteren interessierten Kreisen in eine dreiwöchige Konsultation.

31.08.2022

[Energie: Bundesrat startet Sparkampagne](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90158.html)

Der Bundesrat hat zahlreiche Massnahmen beschlossen, damit die Schweiz ihre Energieversorgung für den Winter rasch stärken kann. Die heute lancierte Kampagne mit dem Slogan «Energie ist knapp. Verschenden wir sie nicht.» ergänzt dies. Sie zeigt, wie Bevölkerung und Wirtschaft mit einfach umsetzbaren Tipps Energie sparen können. Ziel ist, dass sich möglichst viele freiwillig daran beteiligen – und dazu beitragen, dass die Schweiz gar nicht erst in eine Mangellage kommt. Der Bund hat die Kampagne gemeinsam mit über 40 Partnern aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und der öffentlichen Hand erarbeitet. Der Bundesrat wurde an seiner Sitzung vom 31. August 2022 zudem darüber informiert, dass diese Partner eine «Energiespar-Alliance» gründen, die im Hinblick auf den Winter laufend erweitert wird.

31.08.2022

[Bundesrat verabschiedet Bericht zu essentiellen Gütern](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90147.html)

Der Bundesrat hat am 31. August 2022 den Bericht zur Motion Häberli-Koller vom 4. Mai 2020 «Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit reduzieren» verabschiedet. Der Bericht untersucht die Rolle der globalen Wertschöpfungsketten für die Versorgungssicherheit der Schweiz bei essentiellen Gütern. Er zeigt auf, dass der Bundesrat mit seinen zahlreichen Massnahmen zur Stärkung der Versorgungssicherheit den aktuellen Herausforderungen Rechnung trägt. Dazu gehören auch Massnahmen zur Sicherstellung der Gas- und Stromversorgung.

24.08.2022

[Energie: Bundesrat unterstützt freiwilliges Gas-Sparziel, um Engpässe zu vermeiden](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-90053.html)

Der Bundesrat setzt alles daran, eine Mangellage im Energiebereich möglichst zu verhindern. Er hat an der Sitzung vom 24. August 2022 darum entschieden, dass sich die Schweiz für das Winterhalbjahr beim Gas ein freiwilliges Sparziel von 15% setzen soll. Die Schweiz ist beim Gas vollständig von Importen abhängig. Eine europäische Mangellage würde sich deshalb direkt auf die Schweiz auswirken und den Abruf der von der Schweiz im Ausland eingekauften Gaslieferungen erschweren. Die EU-Länder haben für das Winterhalbjahr analoge Massnahmen beschlossen. Da andere Länder Gas brauchen, um Strom zu produzieren, kann mit Einsparungen beim Gas die Versorgungssituation generell verbessert werden. Mit einer freiwilligen Umschaltung von Zweistoffanlagen von Gas auf Öl können beträchtliche Gasmengen eingespart werden. Zudem bereitet der Bundesrat ein Sparprogramm für die Bundesverwaltung vor.

18.08.2022

[Zweite Pflichtlagerunterschreitung für Mineralölprodukte](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-89996.html)

Die Versorgung der Schweiz mit Mineralölprodukten bleibt eine logistische Herausforderung. Deshalb hat das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) beschlossen, eine zweite Pflichtlagerunterschreitung vorzunehmen. Damit können bis Ende September 2022 weitere 12.8 Prozent der gesamten Pflichtlagermenge bezogen werden.

17.08.2022

[Energie: Bundesrat stärkt für den Winter 2022/23 die Versorgungssicherheit weiter](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-89970.html)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 17. August 2022 beschlossen, dass das UVEK und das WBF Vertragsverhandlungen zum Einsatz von Reservekraftwerken führen können. Diese sollen ergänzend zur Wasserkraftreserve bereits im kommenden Spätwinter zur Bewältigung von ausserordentlichen Knappheitssituationen bereitstehen. Es geht um eine Leistung von insgesamt über 300 MW. Der Einsatz dieser Reservekraftwerke wird in einer Verordnung geregelt, die spätestens Mitte Februar 2023 in Kraft treten soll. In Vorbereitung sind auch Verhandlungen zum Einsatz bestehender Notstromaggregate als Reservekraftwerke sowie eine temporäre Spannungserhöhung der Übertragungsleitungen Bickigen-Chippis sowie Bassecourt-Mühleberg.

29.06.2022

[Energie: Bundesrat und Branche stärken Gas-Beschaffung und bereiten sich auf mögliche Mangellagen vor](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-89555.html)

Die Versorgungssituation in Europa hat sich vor allem im Gasbereich weiter verschärft. Seit März 2022 arbeiten der Bundesrat und die Schweizer Gasbranche gemeinsam intensiv daran, die Gasversorgung der Schweiz für den kommenden Winter durch Speicherkapazitäten in den Nachbarländern und Optionen für zusätzliche Gaslieferungen zu stärken. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 29. Juni 2022 den Stand der Beschaffung und das nun fertiggestellte, wettbewerbskonforme Bewirtschaftungskonzept der Winter-Gasreserven zur Kenntnis genommen. Zudem hat er sich über den Stand der Vorbereitungen auf eine mögliche Gas- oder Strommangelage informiert.

18.05.2022

[Ukraine: Bundesrat und Branche stärken Gasreserven für den kommenden Winter](#) (/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-88888.html)

Die Schweiz ist beim Gas von Importen abhängig und hat keine eigenen Gasspeicher. Der Bundesrat hat am 18. Mai 2022 die Voraussetzungen zur Stärkung der Versorgung für den kommenden Winter geschaffen. Er verpflichtet die Gasbranche, Speicherkapazitäten in den Nachbarländern und Optionen für zusätzliche Gaslieferungen zu sichern. Der Bundesrat hat dazu eine dringliche Verordnung in Kraft gesetzt und das von der Branche und den Bundesbehörden erarbeitete Konzept zur Schaffung einer Winter-Gasreserve zur Kenntnis genommen. Diese Massnahmen konkretisieren die Entscheide des Bundesrates von Anfang März.

04.05.2022

[Ukraine: Bundesrat verstärkt Vorbereitung auf schwere Mangellagen im Strom- und Gasbereich](https://www.bwl.admin.ch/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-88629.html)

(/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-88629.html)

Die wirtschaftliche Landesversorgung WL erhält ein neues Monitoringsystem, mit dem sie frühzeitig eine drohende Strommangellage erkennen und darauf reagieren kann. Im Gasbereich wird zudem eine Kriseninterventionsorganisation gebildet, für den Fall einer möglichen Mangellage. Der Bundesrat hat am 4. Mai 2022 die dazu nötigen rechtlichen Anpassungen auf dem Verordnungsweg gutgeheissen.

12.04.2022

[Bundesrat Guy Parmelin tauscht sich mit der Gasbranche aus](https://www.bwl.admin.ch/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-88000.html)

(/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-88000.html)

Bundesrat Guy Parmelin hat sich am 12. April 2022 mit Vertretern der Gasbranche getroffen. Im Vordergrund des Gesprächs stand die Vorbereitung auf eine Gasmangellage. Wegen des Krieges in der Ukraine und der Erwartung einer möglichen Verknappung des Gases in Europa sollen die Arbeiten für die Bewirtschaftungsmassnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung konkretisiert und weiter intensiviert werden.

30.03.2022

[Bundesrat fällt Richtungsentscheide für bessere Versorgungssicherheit](https://www.bwl.admin.ch/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-87796.html)

(/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-87796.html)

Die Wirtschaftliche Landesversorgung (WL) beruht in der Schweiz auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat. Dieses System hat sich bewährt und soll gestärkt werden. Die COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die Komplexität sowie die Verletzlichkeit der Versorgungssysteme haben offensichtlich gemacht, dass die WL reformiert werden muss. Ein Ausbau und eine Optimierung der Organisation erweisen sich als unerlässlich. Der Bundesrat hat am 30. März 2022 beschlossen, die Führungsstruktur der WL anzupassen und die personellen Ressourcen aufzustocken.

25.03.2022

[Erstes Treffen Steuerungsausschuss Versorgungssicherheit Energie](https://www.bwl.admin.ch/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-87742.html)

(/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-87742.html)

Der Bund will alle Arbeiten zur Versorgungssicherheit im Energiebereich im Rahmen eines Steuerungsausschusses eng begleiten. Am ersten Treffen des Steuerungsausschusses, das unter der Leitung von Energieministerin Simonetta Sommaruga und Wirtschaftsminister Guy Parmelin am 25. März 2022 in Bern stattgefunden hat, wurden die aktuelle Ausgangslage analysiert und die laufenden Arbeiten koordiniert.

07.03.2022

[Pflichtlager wegen schwerer Mangellage bei Schmerzmitteln wird freigegeben](https://www.bwl.admin.ch/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-87339.html)

(/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-87339.html)

In der Schweiz sind zu wenig orale Opioide verfügbar, insbesondere Morphinpräparate. Das WBF hat

entschieden, wegen der sich abzeichnenden schweren Mangellage bei diesen Schmerzmitteln das Pflichtlager von Opioiden freizugeben. Die entsprechende Verordnung tritt am 15. März 2022 in Kraft.

04.03.2022

[Ukraine: Bundesrat beschliesst Massnahmen für die Gasversorgungssicherheit im Winter 2022/23](#)

(</bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.msg-id-87463.html>)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 4. März 2022 die Lage auf den europäischen Energiemärkten nach der Invasion Russlands in die Ukraine und deren Auswirkungen auf die Energieversorgungssicherheit der Schweiz zur Kenntnis genommen. Diese präsentiert sich nach aktuellen Erkenntnissen für diesen Winter als gesichert. Die durch die Krise und die wirtschaftlichen Sanktionen bedingte Volatilität der Energiemärkte droht jedoch die Versorgungssicherheit im nächsten Winter 2022/23 zu schwächen. Der Bundesrat hat deshalb das UVEK und das WBF in Zusammenarbeit mit der WEKO beauftragt sicherzustellen, dass die Schweizer Gasbranche möglichst rasch Gas, Gasspeicherkapazitäten, Flüssiggas (LNG) und LNG-Terminalkapazitäten gemeinsam beschaffen kann.

Letzte Änderung 27.09.2022



<https://www.bwl.admin.ch/content/bwl/de/home/themen/energie/medienmitteilungen.html>